

18. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

30. März 1949.

320/J

A n f r a g e

der Abg. M a r c h n e r, W e n d l, S t a m p l e r, B l ü m e l und
Genossen

an den Bundesminister für Justiz,

betreffend die Zustände im Frauengefängnis Lankowitz in Steiermark.

-.-.-.-

Durch Mitteilungen der steirischen Presse hat die Öffentlichkeit von unhaltbaren Zuständen in der Frauenstrafanstalt Maria-Lankowitz Kenntnis erhalten. Es betrifft die Behandlung eines wegen umfangreichen Lebensmittelkartenunterschlagungen zu einer Kerkerstrafe in der Höhe von acht Jahren verurteilten Häftlings. Die betreffende Person soll sich wiederholt ausserhalb der Anstalt auf freiem Fuss, ohne Bewachung gezeigt und die gesamten Fleischeinkäufe für die Strafanstalt im Auftrag der Gefängnisverwaltung bei den Fleischhauern besorgt haben. Offenkundig in Fortsetzung ihrer verbrecherischen Praxis besorgte sie für die Fleischhauer das Kleben von Marken und nahm solche Arbeiten zur Fertigstellung auch in die Strafanstalt mit. Schliesslich überliess man ihr die Kassenverwaltung und die Buchführung und musste eines Tages einen Abgang von 7.000 S aus der Kasse feststellen.

Die betreffende Gefangene wurde daraufhin wegen eines plötzlich akut gewordenen inneren Leidens in das Inquisiten-Spital des Landesgerichtes Wien überstellt, wo sie sich gegenwärtig befindet.

Die gefertigten Anfragesteller richten daher an den Herrn Bundesminister für Justiz die nachstehende

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister bereit, sofort von Amts wegen eine gründliche Überprüfung der Strafanstalt Maria-Lankowitz vorzunehmen, die schuldtragenden Aufsichtsorgane ohne Unterschied des Ranges zur Verantwortung zu ziehen und dem Hohen Haus über das Ergebnis seiner Untersuchungen und über die von ihm veranlassten Massnahmen Bericht zu erstatten?

-.-.-.-